

Die Seite des SOG-Zentralvorstandes : deutsche Sicherheitspolitik in und für Europa

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutsche Sicherheitspolitik in und für Europa



Die Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf ist die Voraussetzung für die aussen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit von Deutschland.

Thomas K. Hauser

Im Rahmen einer **Studienreise der SOG Kommission International** konnte sich eine Delegation von Schweizer Offizieren einen vertieften Augenschein in die Strategien, Prozesse und Mittel der deutschen Bundeswehr nehmen.

Nebst Besuchen bei der Truppe (Panzerlehrbrigade 9, Aufklärungsgeschwader 51) konnten Führungseinrichtungen (Flottenkommando in Flensburg, Einsatzführungskommando in Potsdam) wie auch Ausbildungseinrichtungen (Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Führungsakademie in Hamburg) besucht werden.

Interessen deutscher Friedenspolitik

Die Ereignisse und Entwicklungen der vergangenen Jahre belegen, dass die Herausforderungen an die Sicherheitspolitik eines Staates vielfältiger, komplexer und weniger berechenbar geworden sind.

Deutschland als einer der wichtigsten Garanten von Sicherheit und Stabilität in

Europa hat sich deshalb zu Recht einer konsequenten Politik des Multilateralismus und des Interessenausgleichs verschrieben.

Deutsche Sicherheitspolitik ist eine Politik für Frieden und Freiheit. Im Zentrum deutscher Friedenspolitik stehen vier Interessen:

- Die transatlantische Partnerschaft festigen;
- die Gemeinschaft der Europäischen Union stärken, sie um europäische Demokratien erweitern und ihre internationale Handlungsfähigkeit erweitern;
- eine alle Staaten Europas einschliessende kooperative Sicherheitsordnung schaffen und
- die internationale Ordnung mitgestalten und dabei Rüstungskontrolle, Abrüstung und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen aktiv fördern.

Deutschland kann diese Interessen nur gemeinsam mit Verbündeten und Partnern sowie im Rahmen der EU, der NATO, der OSZE und Vereinten Nationen wahrnehmen.

Um die Politik und Handlungsfähigkeit dieser Institutionen zu sichern, muss Deutschland in einer entsprechenden Weise beitragen. Dies schliesst die Bereitstellung militärischer Mittel ein.

Kooperation mit EU und NATO

Ende 1999 wurde in Helsinki zwischen den Partnern der EU ein europäisches Streitkräfteziel, das European Headline Goal, beschlossen.

Der deutsche Beitrag zu diesem Ziel umfasst zirka 32 000 Soldaten, 130 Flugzeuge und 18 Schiffe, aus denen lageabhängig ein erstes Kontingent für einen EU-geführten Einsatz bereitgestellt werden kann. Der maximale Umfang eines deutschen Erstkontingentes ist auf 18 000 Soldaten begrenzt.

Eine enge Kooperation von EU und NATO ist für Deutschland von grundlegender Bedeutung. Eine abgestimmte Aufgabenteilung und die Zusammenarbeit von EU und NATO werden die deutsche wie auch europäische Sicherheitsordnung der Zukunft massgeblich prägen. Erste überzeugende Erfolge dieses Zusammenwirkens wurden auf dem Balkan erzielt.

Entscheidende Voraussetzung für den Einsatz von Streitkräften in multinationalen Operationen ist Interoperabilität, die unter anderem durch Standardisierung von Strukturen, Grundsätzen, Verfahren und

Material erreicht wird. Deswegen wird die Standardisierung in der Bundeswehr streitkräftegemeinsam umgesetzt.

Multinationale Zusammenarbeit vermehrt die Handlungsoptionen, verringert Risiken und kann zu mehr Wirtschaftlichkeit beitragen. Sie zielt darauf ab, Risiken gemeinsam zu tragen und militärische Ressourcen zu bündeln, um sie effizienter zu nutzen. Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung finden deshalb in der Regel im multinationalen Rahmen statt. Multinationale Zusammenarbeit erfolgt in permanenten Strukturen oder in ad hoc gebildeten Koalitionen. Die Bundeswehr soll befähigt werden, Aufgaben in multinationalen Stäben und Strukturen zu übernehmen. Lageabhängig stellt Deutschland nationale Hauptquartiere auf unterschiedlichen Führungsebenen bereit.

Vorrang der nationalen Souveränität

Bei der Beurteilung der Möglichkeiten und Grenzen internationaler Zusammenarbeit stellt sich jedoch auch die Frage nach dem Gewicht des nationalen Beitrags und der politischen Handlungsfähigkeit. Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen findet der Verzicht auf eigene Fähigkeiten dort seine Grenzen, wo die deutsche Mitsprache im Bündnis, die eigene Urteilsfähigkeit und die Auftragserfüllung der Bundeswehr nicht mehr ausreichend sichergestellt werden können. Fähigkeiten können nur dann und insoweit aufgegeben werden, wie die rechtlichen und gesamtpolitischen Rahmenbedingungen dies zulassen. Die Souveränität Deutschland darf dadurch nicht gefährdet werden.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf ist eine enorme Aufgabe. Es ist zu hoffen, dass es Deutschland gelingt, diese trotz der Überspannung aus den vielen Einsätzen im Ausland und den begrenzten Finanzen erfolgreich zu Ende zu führen. Es wäre der Bundeswehr zu gönnen!

Literaturreferenz/Quelle

Bundeswehr 2002: Sachstand und Perspektiven, Bundesministerium der Verteidigung ■

Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 65

«Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IX»

(Vortragsreihe an der ETH Zürich des Sommersemesters 2002)

ISBN 3-905641-84-4, ISSN 1423-3894

Der 11. September 2001 hat diese Vortragsreihe geprägt. Gesucht wurde der gemeinsame Nenner des islamistischen Terrors. Herausgeber des Bandes sind Kurt R. Spillmann und Andreas Wenger. Auch Kurt Spillmanns Schlussvorlesung «Von Krieg und Frieden» ist darin publiziert. Er geht der Frage nach, was die Menschen und die Staaten immer wieder in den Krieg treibt. Die «Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung» sowie die anderen Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse sind auf dem World Wide Web im Volltext verfügbar unter www.fsk.ethz.ch

Die ASMZ benutzt die Gelegenheit, Prof. Dr. Kurt Spillmann einen aktiven und kreativen «Ruhestand» zu wünschen. G.



Thomas K. Hauser,
Oberstlt i Gst,
Kdt Pz Hb Abt 15,
Mitglied der
Geschäftsleitung
Ascorm AG, Bern.